



Bundeswehr raus aus Afghanistan

Liebe Bürgerinnen
und Bürger!

Die Gewalt in Afghanistan hat in den vergangenen Monaten weiter zugenommen. Immer wieder berichten die Medien über zivile Opfer durch Nato-Angriffe. Entführungen und Ermordungen von Entwicklungshelfern aus Staaten, die sich



in Afghanistan auch -militärisch engagieren, häufen sich. Die Geheimdienste haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die Terrorgefahr in Deutschland gestiegen sei. Anstatt die verhängnisvolle Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu überdenken, spricht sich Außenminister Steinmeier (SPD) für eine Ausweitung des Bundeswehreinsatzes aus. Der Gründer des Komitees Cap Anamur/Deutsche Notärzte, Rupert Neudeck, hingegen zieht eine ernüchternde Bilanz: Die Europäer hätten sich ins »Faulbett der Militärpräsenz« gelegt. Dass die ISAF zum Bau von Schulen, Straßen und Brücken beitrage, womit die Befürworter der Militäreinsätze in Afghanistan die zunehmende Gewalt immer wieder zu rechtfertigen versuchen, stimme nicht. Das Militär könne nicht einmal die zivilen Helfer schützen. Diese Wahrnehmung deckt sich mit der Einschätzung anderer Kritiker, die Afghanistan seit Jahrzehnten bereisen. Die Bundesbürgerinnen und -bürger haben sich gerade erst wieder mit großer Mehrheit (64 Prozent) für einen schnellen Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan ausgesprochen. DIE LINKE fordert als einzige politische Kraft im Deutschen Bundestag den sofortigen Rückzug der Soldaten, eine Beendigung der völkerrechtswidrigen Kriegführung der Nato und eine Stärkung der zivilen Wiederaufbauhilfe.

Mit freundlichen Grüßen, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Schecks der LINKEN sind gedeckt

Von Dagmar Enkelmann und Gesine Löttsch
zur 1. Lesung des Haushaltsgesetzes 2008

Umverteilung zu Gunsten von aktiver Beschäftigungspolitik, Armutsbekämpfung, Kinder und Jugendlichen sowie zur Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse ans West-niveau – das zieht sich wie ein roter Faden durch die Anträge der Linksfraktion in der Haushaltsdebatte. Durch Umschichtungen in Bundeshaushalt sowie eine gerechte Steuerpolitik wollen wir rund 30 Milliarden Euro an freien Mitteln gewinnen. Dem stehen insgesamt Mehrausgaben von 27 Milliarden Euro gegenüber. Bei der Rechnung sind die steigenden Staatseinnahmen aufgrund der guten Konjunktur noch nicht einmal berücksichtigt. Dieses Vorgehen spricht für die seriöse Haushaltspolitik der LINKEN. Unsere Schecks, die wir in einen Politikwechsel investieren, sind gedeckt.

Im Einzelnen schlägt die Fraktion unter anderem vor, das ALG II auf nunmehr 435 Euro zu erhöhen. Damit sollen die zuletzt gestiegenen Preise für Lebensmittel, Strom und anderes berücksichtigt werden. Auch die Kürzung der Pendlerpauschale soll zurückgenommen werden. Mit 2 Milliarden Euro wollen wir innerhalb eines Programms „Jugend und Innovation“ die Kinderbetreuung ausbauen, 400 Millionen Euro für mehr BAföG ausgeben sowie mit 44 Millionen Euro die Ausbildungslage behinderter Jugendlicher verbessern. Um die Finanzlage der Städte und Gemeinden zu stärken, fordern wir erneut eine kommunale Investitions-pauschale im Umfang von 3 Milliarden Euro jährlich. Dazu kommt ein Konversionspro-gramm von 600 Millionen Euro.

Im Bundeshaushalt selbst machen wir z.B. Mittel frei, indem wir verlangen, beim Verteidi-gungsetat zu kürzen und auf den Bau des Münchner Transrapids zu verzichten. Den größ-ten Teil der Mehreinnahmen soll unseren Forderungen entsprechend die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Besteuerung der Extra-Profite der Stromkonzerne beim Emis-sionshandel erbringen.

Weitere Redebeiträge von Mitgliedern der Landesgruppe:

Diana Golze: Sozialpolitik verfehlt - Armut verschärft

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1319328933>

Wolfgang Neskovic: Der gefährliche Unsinn des Herrn Dr. Schäuble

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1363307335>

Weitere Redebeiträge aus der Fraktion:

Oskar Lafontaine: Wer hat Grund zur Zuversicht in Deutschland?

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1386685028>

<http://medien.linksfraktion.net/podcast/7705899090.wmv>

Paul Schäfer: Wehretat - überdimensioniert und falsch verwendet

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1384971176>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de>

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk bleibt staatsfern

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1222934284>

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>

Koalitionsstreit behindert Bekämpfung der Kinderarmut – 21.8.2007

Kinderarmut: Familienministerin muss sich endlich bewegen – 27.8.2007

Krippenausbau muss Beitragsfreiheit für Eltern zum Ziel haben – 28.8.2007

Krippenausbau: Zu wenig Geld, Fachkräfte und Qualität – und dazu die „Herdprämie“ als Kniefall vor der CSU – 5.9.2007

Krippenausbau: Bundesregierung bleibt blind für spezifisch ostdeutsche Bedingungen – 6.9.2007

Regierung darf Kommunen beim Krippenausbau nicht im Stich lassen – 11.9.2007

Bundesregierung nimmt Kindermut auf die leichte Schulter – 12.9.2007

http://www.linksfraktion.de/mdb_golze_pressemitteilungen.php

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/

Nicht einmal die Logik hält Schäuble zurück – 5.9.2007

Vattenfall bleibt weiter in der Pflicht – 13.9.2007

http://www.linksfraktion.de/mdb_neskovic_pressemitteilungen.php

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de

Kostendeckende Preise für Rohmilch gefordert – 14.8.2007

Herzlichen Glückwunsch, FREie HEIDE! – 22.8.2007

Kein Bombodrom – nirgends! – 23.8.2007

Bombodrom: Merkel muss Bundesverteidigungsminister zur Vernunft bringen – 24.8.2007

Klares „NEIN“ zu Bombodrom-Plänen von Jung – 24.8.2007

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen sie die Agrarressortforschung - Herr Seehofer – 27.8.2007

Agro-Gentechnik: Flächen-Eigentümer sollten informiert werden – 29.8.2007

Halbe Million Prozesskosten für Bombodrom – 11.9.2007

Faire Bewertung und Anerkennung jahrelanger Arbeit nötig – 11.9.2007

http://www.linksfraktion.de/mdb_tackmann_pressemitteilungen.php

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere zentrale Themen seit Ende der Sommerpause



Föderalismusreform

[Wir müssen neue Wege gehen](#)

Bodo Ramelow vertritt DIE LINKE in der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder Finanzbeziehungen. Mit Generationengerechtigkeit verbindet er die Frage, was eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für eine verbesserte Finanzierung öffentlicher Bildung tun kann. Handlungsbedarf gibt es genug. Derzeit geben Bund, Länder und Kommunen mehr als 102 Milliarden Euro für öffentliche Bildung aus. Experten halten dagegen Mehrausgaben von 43 Milliarden Euro für nötig, verweist Ramelow im Interview. [Mehr](#)
[Bodo Ramelow, Axel Troost: Föderalismusreform II für Einstieg in Entschuldung und nationalen Bildungspakt nutzen \(Positionspapier\)](#)
[Themen A-Z: Föderalismusreform II](#)
[Themen A-Z: Föderalismusreform I](#)



Post für Merkel

Hartz IV:

Die Debatte über den Etat des Kanzleramtes nutzte Dagmar Enkelmann, um der Kanzlerin persönlich eine Unterschriftensammlung zu übergeben, in der u.a gefordert wird, Hartz-IV-Leistungen anzuheben. Die Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit Weißenfels in Sachsen-Anhalt ruft seit drei Jahren zu Montagsdemos auf und bat Dagmar Enkelmann bei deren letzten Besuch Anfang September um diesen persönlichen Kurierdienst. [Mehr](#)



Workshop am 19.9.

Workshop am 19.9.2007, 16 bis 21 Uhr, Volksbühne, Grüner Salon:

Malalai Joya (28) ist gewähltes Mitglied des afghanischen Parlaments und bekannt für ihr kritisches und unerschrockenes Auftreten gegen den Krieg. DIE LINKE lädt zu einer Diskussion mit der jungen Politikerin. [Mehr](#)

[Malalai Joya: Afghanistan braucht Unterstützung, keine Besatzung](#)



Pendlerpauschale

Die Fraktion DIE LINKE hat heute einen Antrag an den Bundestag beschlossen, in dem die Bundesregierung nach den erheblichen verfassungsrechtlichen Zweifeln des Bundesfinanzhofes aufgefordert wird, die im letzten Jahr beschlossenen Kürzungen bei der Pendlerpauschale sofort zurückzunehmen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Fraktion, Gregor Gysi:

Bevor das Bundesverfassungsgericht einmal mehr der Mehrheit des Bundestages eine verfassungswidrige Gesetzgebung nachweist, ist die Koalition in der Pflicht, die unsinnige Kürzung der Pendlerpauschale zurückzunehmen. Wenn das höchste deutsche Finanzgericht erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel an der obskuren 20-Kilometer-Regelung hat, darf nicht erst bis zum Karlsruher Urteilsspruch gewartet werden, wenn die Finanz- und Steuerpolitik der Koalition noch ernst genommen werden soll.